

## 20. Parteitag der DKP, 2./3. März 2013

Diskussionsbeitrag: Leo Mayer, DKP München

### **Herausforderung für KommunistInnen in der Friedensbewegung am Beispiel der Münchener Sicherheitskonferenz**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anfang Februar eines jeden Jahres findet in München die „Münchner Sicherheitskonferenz“ statt. Wie beim Weltwirtschaftsforum in Davos treffen sich hochrangige Politiker mit Vertretern internationaler Konzerne und Meinungsmachern der großen Medienkonzerne – in München ergänzt um Spitzenmilitärs und die Rüstungsindustrie. „400 Entscheidungsträger aus der internationalen Politik und der Wirtschaft“, so der Organisationschef der Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, trafen sich diesmal zum Stelldichein, darunter ein Dutzend Staats- und Regierungschefs, etwa 70 Außen- und Verteidigungsminister, fünf EU-Kommissare, der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, die EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und 60 Vorstandsvorsitzende internationaler Konzerne v.a. aus der Rüstungsindustrie.

Bei der diesjährigen Sicherheitskonferenz ging es um die Euro-Krise, die zu erwartenden Energieunabhängigkeit der USA und die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Geradezu euphorisch reagiert Außenminister Westerwelle auf US-Vizepräsidenten Joe Biden, als sich dieser für die Schaffung einer Transatlantischen Freihandelszone stark machte – passend zur Konferenz auch als „Wirtschafts-Nato“ bezeichnet. Westerwelle wertete dieses Vorhaben *als klares Zeichen, in den sich verschärfenden Konflikten mit China, Russland und anderen, die transatlantischen Reihen fest geschlossen halten zu wollen. „Nur mit gebündelten Kräften werden wir unsere Werte und Interessen in dieser neuen Welt bewahren können. Die strategische Partnerschaft mit den USA ist dafür unser stärkster Trumpf“*, so der deutsche Außenminister.

Auf der Tagesordnung standen Abwehr von Cyber-Angriffen im Internet ebenso wie die Frage sog. „humanitärer Interventionen“, wie imperialistische Einmischung heute genannt wird.

Dazu kommen, wie Ischinger sagte, „gemeinsame und inspirierende Projekte“. Zu diesen „inspirierenden Projekten“ zählen die von der Nato vorgeschlagenen „Smart Defence“ und das von der EU vorangetriebene Projekt „Pooling & Sharing“. Bei beiden handelt es sich um den Versuch, durch die Bündelung und gemeinsame Nutzung von Kriegsgerät die militärische Schlagkraft deutlich zu erhöhen und gemeinsam kostengünstiger Kriege führen zu können.

Denn Krisen und Kriege – diesmal ging es von Syrien über Iran bis Mali – sind das Lebenselixier dieser Konferenz. Dort wird imperialistischer Politik koordiniert, werden interne Konflikte bearbeitet und gemeinsames strategisches Vorgehen abgestimmt, gegenüber Ländern und Regionen, deren Ressourcen oder strategische Lage machtpolitisch von Bedeutung sind.

Im Wesen geht es bei dieser Versammlung der wirtschaftlichen und politischen Mächtigsten um nichts anderes, als um den Anspruch der imperialistischen Zentren auch unter den neuen globalen Bedingungen ihre Dominanz aufrecht zu erhalten. Ein Anspruch, der notfalls auch mit militärischer Gewalt durchgesetzt wird.

Insofern ist diese Münchner Sicherheitskonferenz auch eines der Instrumente, mit denen sich diese Eliten des globalen Kapitalismus zu einer transnationalen Bourgeoisie als eigenständige und hegemoniale Klassenfraktion formieren.

Aber fast so lange es diese Sicherheitskonferenz bzw. ihren Vorläufer, die „Wehrkundetagung der CSU“ gibt - und das sind Jahrzehnte -, so lange gab und gibt es Proteste gegen diese Rüstungs- und Kriegstagung. Jahrelang nur einige Friedensaktivisten und die DKP.

Aber dieses Jahr konnte der Genosse Kerem Schamberger als Moderator der Kundgebung sagen:

*„Wir, fast 100 zivilgesellschaftliche und politische Organisationen aus der ganzen Bundesrepublik bleiben bei unserer Analyse und Kritik dieser Konferenz:*

*Wir sagen:*

- *Im Bayerischen Hof versammeln sich die Verantwortlichen und Drahtzieher der NATO - Aggressionskriege, bei denen in den vergangenen Jahren Zigtausende Menschen getötet wurden.*
- *Die SIKO ist eine Versammlung der wirtschaftlichen und politischen Machteliten vor allem aus den USA und den EU-Staaten. Sie sind verantwortlich für die weltweite Ungerechtigkeit und sie sind die Hauptverursacher von Hunger, Armut und Umweltzerstörung.*
- *Und die SIKO ist ein Kriegs-Propaganda Forum, eine Veranstaltung zur Rechtfertigung der militärischen Aufrüstung und der weltweiten Kriegseinsätze der NATO- und der EU-Staaten.“*

Im Aufruf des Bündnisses heißt es:

*„Deutschland, den NATO- und EU-Staaten geht es um die Absicherung einer Weltordnung, in der sich bei Wenigen immenser Reichtum anhäuft, während Millionen auf der Welt verhungern. ... Wir wenden uns gegen dieses System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und über Leichen geht. Wir treten ein für Menschenwürde, globale Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen – gegen Ausbeutung und Krieg.“*

Diese Position ist Konsens in einem Bündnis von annähernd 100 Organisationen und Gruppen aus dem radikalpazifistischen, christlichen, bürgerlich-humanistischen Spektrum bis hin zu KommunistInnen und linksradikalen Gruppen.

Dieses Bündnis hatte bisher allen Spaltungsversuchen, Unterwanderung durch Geheimdienste, Angriffen und Diffamierungen widerstanden. Die DKP arbeitet seit Jahren in diesem breiten Bündnis mit. Und noch nie ist eine kommunistische Position aus dem Bündnis gedrängt worden. Dies zeigt sich auch daran, dass mit Claus Schreer als Sprecher des Bündnisses, Walter Listl als Kundgebungsredner für das Bündnis und Kerem Schamberger als Moderator der Kundgebung einige der bekanntesten Münchner Kommunisten zu den Repräsentanten des Bündnisses zählen.

Aber heuer wurde das Bündnis gesprengt: Erst von Rechts der Vorwurf, dass die DKP alles steuert und die Haltung zur Gewalt ungeklärt sei, verbunden mit der Gründung eines neuen Bündnisses, das die pazifistischen Gruppen anziehen sollte. Erst ohne große Resonanz. Aber dann kam von linksradikaler Seite der Versuch, Inge Viett als Kundgebungsrednerin durchzudrücken. Dabei war klar, dass dies für die meisten anderen der knapp 100 Organisationen, die den Aufruf und die Anti-SIKO Proteste unterstützen, völlig inakzeptabel sein würde, und dieser Vorschlag bündnissprengende Wirkung zeigen wird.

Dass auch von uns, der DKP, der *„Auftritt von Inge Viett (wird) nicht als Möglichkeit gesehen (wurde), politische Positionen abzustecken, für Klarheit zu sorgen“* (Dietmar Koschmieder in der jungenWelt), hängt damit zusammen, dass unserer Auffassung nach

- für eine erfolgreiche Demonstration, für breiten gesellschaftlichen Protest, und um die Kriegstreiber politisch und gesellschaftlich zurückzudrängen, das gemeinsame Handeln einer breiten antimilitaristischen, Antikriegs- und Friedensbewegung eine der zentralen Voraussetzung ist,
- dass die Schwäche des Bündnisses die ungenügende Mitarbeit der Gewerkschaften und damit die fehlende Verankerung in den Betrieben ist – und dies durch Inge Viett nicht befördert, sondern das genaue Gegenteil erreicht wird,
- dass jede Gruppe Verantwortung für dieses Ganze hat, und organisationsegoistische Interessen zurückstehen müssen,
- dass in diesem Bündnis Inge Viett nicht erforderlich ist, um auf den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg aufmerksam zu machen. Der Aufruf – der Bündniskonsens ist - zeigt, dass sich die Demonstration gegen eine Politik und ein System richtet, dessen tödlicher Dreiklang aus Kapitalismus, Krise und Krieg besteht. Dies war auch das Motto des DKP-Blocks bei der Demo.

Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg, dass die Friedensfrage nicht ohne die Systemfrage zu lösen ist, wird im Bündnis gegen die Sicherheitskonferenz und innerhalb der im Bündnis mitarbeitenden Organisationen seit Jahren diskutiert.

Und in diesem Diskussions- und Lernprozess hat sich auch bewiesen, dass Marx schlecht gelesen ist, wenn in den Bewegungen nur die „materielle Gewalt“ zur Realisierung der Ideen gesehen<sup>1</sup>, die Praxis nur als Kriterium der Theorie betrachtet wird. Bei dieser Lesart sind die Massen (Bewegungen) für die Praxis und irgendjemand anderer für die Theorie zuständig, - die natürlich dann von außen hineingetragen werden muss.

Marx macht demgegenüber aber darauf aufmerksam, dass die Praxis die Aktivität des Subjekts beinhaltet<sup>2</sup> – mit seinen Ideen und Gedanken, seinen Instrumenten, seinen Methoden und Überlegungen -, dass die praktische Tätigkeit also auch die die theoretische Aktivität beinhaltet, dass in der praktischen Auseinandersetzung auch die Erkenntnis und die Theorie gemeinsam erarbeitet werden.

Die kapitalistische Kriegslogik ist nicht zu überwinden, in dem man zur Zerstörung des Kapitalismus und zum Kommunismus aufruft. Das klingt zwar recht revolutionär, ist es aber in diesem Zusammenhang nicht.

Alle geschichtlichen Erfahrungen besagen, dass gegen Krieg nur die „Gewalt“ breiter Antikriegskoalitionen politikwirksam ist, die alle im weitesten Sinn humanistisch denkenden Menschen einschließen- und die in ihrem Engagement, in ihrer Praxis sich auch gemeinsam die Theorie erarbeiten. Daran zu arbeiten ist Wesensinhalt kommunistischer Friedens- und Bündnispolitik.

Wie viel Mühe, Zeit und Nerven hat es gekostet, um ein Bündnis zusammen zu bringen,

- das von nahezu 100 Organisationen bundesweit unterstützt wird,
- das kapitalismuskritische Positionen gemeinsam erarbeitet.

---

<sup>1</sup> „... allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“  
[Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW Bd. 1, S. 385]

<sup>2</sup> „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus - den Feuerbachschen mit eingerechnet - ist, dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefasst wird; nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv.“  
[Marx: Thesen über Feuerbach, MEW Bd. 3, S. 533]

Das dürfen und das werden wir uns nicht kaputt machen lassen durch eine sektiererische Politikkonzeption wie sie z.B. im Berliner Antrag zum Ausdruck kommt.